

## „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht“

Eine Nachbetrachtung zum 70. Jahrestag der DDR und seine aktuelle Würdigung

Ob Heinrich Heine wohl ahnte, dass der Eingangssvers aus seinem Gedicht „Nachtgedanken“ nach 175 Jahren nichts an Aktualität eingebüßt hat?

Aber diese Schlafstörung kann einen schon befallen, wenn man das Jahr 2019 Revue passieren lässt. Es war ein Jahr mit vielen Jubiläen, erinnerungswürdigen und zweifelhaften.

70 Jahre Grundgesetz der BRD und 70 Jahre NATO, 30 Jahre Mauerfall und der 70. Jahrestag der Gründung der DDR.

Als ein Kind der DDR und fast genauso alt wie mein damaliges Heimatland, bewegt mich der Gründungstag der DDR ganz besonders. Als Kind einer Fabrikarbeiterin und eines Werkzeugmachers genoss ich in der DDR eine sorgenfreie Kindheit mit kostenloser Kindergartenbetreuung, kostenloser Schulbildung, einer geringen Miete für unsere Wohnung, einer kostenlosen Gesundheitsbetreuung, preiswerter Ferien- und Urlaubsmöglichkeiten, einer soliden Schulbildung bis zum Abitur, die Möglichkeit an einer Offiziershochschule ausgebildet zu werden und als junger Offizier mit 25 Jahren an einer Militärademie studieren zu können. Meine Frau, mit der ich seit 40 Jahren verheiratet bin, konnte als Kind einer Näherin und eines Bergarbeiters ihr Abitur ablegen und ein Medizinstudium absolvieren, auch ohne aus einer Arztfamilie zu stammen. Das hat uns mein Heimatland DDR ermöglicht.

Ich habe auch nicht vergessen, unter welch schwierigen Bedingungen dies möglich wurde. Unser durch Krieg zerstörtes Land trug mit 72 Mrd. DM die Hauptlast der Kriegsreparationen, alle drei Westzonen zusammen zahlten 2,16 Mrd. DM, erhielten aber über den Marshall-Plan für den Westen Deutschlands Kredite in Höhe von 130 Mrd. USD<sup>1</sup> (nach heutiger Berechnung). 55 Professoren der Bremer Universität unter Leitung von Prof. Arno Peters starteten 1989 nach dem Fall der Mauer u. a. auch deshalb die Bremer Initiative zum Lastenausgleich an die DDR und berechneten die Schuld des Westens an die DDR mit Zins und Zinseszins in einer Gesamthöhe von 727 Mrd. DM<sup>2</sup>. Hinzu kommt die Tatsache, dass die DDR seit ihrer Gründung im Strudel des Kalten Krieges vom Westen durch Abwerbung und Abwanderung von Millionen arbeitsfähiger Menschen, Embargo, sogenannten inner-deutschen Handel zu Dumpingpreisen und Wechselkursbetrug um Billionen DM ausgeplündert wurde.

Verfolgt man die heutige Medienlandschaft und den allgemeinen Mainstream über die DDR dann liest, hört und sieht immer wieder nur Stasi-Willkür, Zwangsadaptionen, staatliche Dopingverabreichung, Mangelwirtschaft. Und natürlich das ständig strapazierte Märchen von der wirtschaftlichen Pleite der DDR. **Die Pleite des Ostens trat aber erst nach dem Beitritt zum Westen ein.** Die ostdeutsche Wirtschaft sank auf 45 % des Vorjahresniveaus, die Industrieproduktion sogar um 65 %. 2 Millionen Menschen verloren ihre Arbeit und 3 Millionen DDR-Bürger wanderten in die westlichen Bundesländer ab.

Noch Ende 1989 lagen die Liquiditätsreserven der DDR bei 29 Mrd. Valutamark (VM) und deckten fast 60 % der Gesamtverschuldung unseres Landes ab<sup>3</sup>. Nach Abzug der Devisenreserven betrug die Verschuldung der DDR gegenüber westlichen Ländern 19,9 Mrd. DM<sup>4</sup>. Was aber bei der Auslandsverschuldung von 19 Mrd. DM der DDR überhaupt nicht berücksichtigt wurde, ist das Guthaben der Staatsbank der DDR aus Warenlieferungen innerhalb der Länder des

Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), also u.a. der sozialistischen Nachbarländer, bei der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBZW) in Moskau im Jahre 1990.

In DM bewertet betrug dieses Guthaben, das dann der Bundesbank zufluss, 23,4 Mrd<sup>5</sup>. **Die DDR hatte also zum Zeitpunkt ihres Untergangs überhaupt keine Auslandsschulden.**

Die innere Staatsverschuldung der DDR war 1989 wesentlich geringer als die der BRD. Sie lag umgerechnet auf Euro bei 1.800 EUR pro Kopf. Die BRD war bereits damals mit umgerechnet mit 8.100 EUR pro Kopf der Bevölkerung verschuldet. Heute liegt die Staatsverschuldung bei 25.000 EUR pro Kopf in Deutschland <sup>6</sup>.

Diese Schuldenlüge ist auch 30 Jahre nach ihrem Untergang der armselige Versuch, die DDR zu verleumden und zu delegitimieren. Und was geschah jetzt mit dem Volksvermögen der DDR? Von Juli 1990 bis Ende 1992 privatisierte die Treuhandanstalt rd. 11.000 volkseigene Betriebe und baute 68 % der Arbeitsplätze ab. Von 145 Betrieben mit mehr als 5.000 Beschäftigten blieben 5 übrig. Die Treuhand übernahm und privatisierte 400 Mrd. DM an Grund und Boden volkseigener Betriebe, 200 Mrd. DM Vermögen der NVA, 180 Mrd. DM Verwaltungs- und Finanzvermögen, 180 Mrd. DM Flächen Volkseigener Güter, und 1 Mrd. DM Auslandsvermögen, insgesamt 1,4 Billionen DM. **Das ist die größte Vernichtung von Produktivvermögen in Friedenszeiten.** Die Bevölkerung eines hochindustrialisierten Landes mit moderner Landwirtschaft war enteignet. Die DDR-Wirtschaft übernahmen 88 % West-deutsche, 6 % Ausländer und 6 % Ostdeutsche. Der Osten war entindustrialisiert und die westdeutsche Wirtschaft hatte einen Konkurrenten weniger und einen Absatzmarkt mehr.

Heute haben wir, wie man das eben mit Kolonien macht, eine überwiegend kleinteilige Wirtschaft, geringere Löhne und Renten als in Westdeutschland, höhere Arbeitslosigkeit, drei Stunden längere Wochenarbeitszeit. Das sind die versprochenen „blühenden Landschaften“. Dem Abfluss von gut ausgebildeten Fachkräften in den Westen folgte der Zuzug von ca. 1 Million Beamten und Politikern als „Entwicklungshelfer“ aus West-deutschland. Deren Pensionen liegen im Durchschnitt etwa viermal so hoch wie die ostdeutschen Renten. Altersarmut von Rentnern wird sich im Osten Deutschland wesentlich dramatischer gestalten als im Westen.

Heute fällt es mir schon schwer, mich an alle sozialen Errungenschaften zu erinnern, die wir in der DDR wie selbstverständlich in Anspruch nehmen konnten. Bei Grundnahrungsmitteln, Mieten, bestimmte Textilien und Kinderbekleidung blieben die Preise stabil, obwohl die Weltmarktpreise dafür stetig anstiegen. So lag die Bruttomiete für eine fernbeheizte Wohnung zwischen 30 und 130 Mark (0,80 bis 1,20 M/qm). Für DDR-Verhältnisse nicht einmal 5 % des Familieneinkommens. Heute macht dies 30 % bis 50 % des Familienbudgets aus. Junge Familien wurden in der DDR besonders gefördert. Nach der Eheschließung hatte man die Möglichkeit, einen zinslosen Kredit i.H. von 5.000 Mark aufzunehmen. Viele unserer Verbandsmitglieder können sich sicher daran erinnern. Bei der Geburt des ersten Kindes wurden 1.000 M, beim zweiten Kind 1.500 M und beim dritten Kind 2.000 M erlassen. Zusätzlich erhielt jede Familie 1.000 M bei der Geburt eines Kindes. Man hatte einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergarten- oder Krippenplatz. Der Krippenplatz kostete ca. 25 M im Monat und der Kindergartenplatz war kostenlos. Lediglich das Essengeld kostete ca. 12 Mark monatlich. Nach der Geburt hatten die Mütter Anspruch auf ein Babyjahr bei 80 % ihres Bruttolohnes. Keine Mutter musste Angst haben, nach dem Babyjahr ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Das Recht auf

Arbeit war in der Verfassung der DDR verankert genauso wie das Recht auf eine Wohnung. Im Sinne der Gleichberechtigung und der persönlichen Unabhängigkeit war die Berufstätigkeit der Frauen ein enormer historischer Fortschritt. Mit einer Beschäftigungsrate von ca. 90 % der Frauen bezog die DDR einen Spitzenplatz in der Welt.

Mehr als 90 % der DDR-Frauen über 25 Jahre hatten 1990 einen Beruf- oder akademischen Abschluss. In Westdeutschland waren dies nur 35 %. Dort durften die Frauen übrigens bis zum Jahre 1977 nur mit Genehmigung ihres Ehemannes eine Arbeit aufnehmen und ein Konto eröffnen<sup>8</sup>. Über ihre Familienplanung durften die Frauen in der DDR ab 1972 selbst entscheiden. Die Wunschkindpille gab es auf Rezept, ein Schwangerschaftsabbruch war straffrei. Noch heute gilt in der BRD der § 218 StGB, der einen Schwangerschaftsabbruch zunächst erst einmal unter Strafe stellt aber unter Einhaltung bestimmter Fristen und Regelungen Straffreiheit zusichert.

Das staatliche Gesundheitswesen der DDR war für alle Bürger kostenlos. Der Patient war nicht Ziel der Ausbeutung, sondern Ziel der ärztlichen Kunst. Ärzte und Apotheker wurden durch den Staat bezahlt und hatten nicht die Möglichkeit, durch zusätzliche, mitunter zweifelhafte Leistungen, weiteres Einkommen zu generieren.

Viel Kraft investierte die DDR in das erschwingliche Wohnen für Jedermann. 1973 wurde beschlossen, bis 1990 drei Millionen Wohnungen zu bauen. Im Oktober 1988 wurde die dreimillionste Wohnung übergeben. Heute werden die Plattenbausiedlungen meist belächelt aber für 50 % der DDR-Bürger hatten sich mit dem Wohnungsbauprogramm die Wohnbedingungen entscheidend verbessert.

Überhaupt war das Leben in der DDR sehr preiswert. Um nur einige Beispiele zu nennen: Der Strom kostete 8 Pfennig für 1 kWh, eine Monatskarte für Bus, S-Bahn, U-Bahn und Straßenbahn in Berlin 5 Mark, ein Brötchen 5 Pfennige<sup>8</sup>. Die durchschnittliche Altersrente betrug 1989 555 Mark, bei einer maximalen Beitragsbelastung eines Berufstätigen von 60 Mark im Monat für Krankenversicherung, Rentenversicherung und Unfallversicherung. Bei einem Einkommen von über 600 Mark konnte man dann in die freiwillige Zusatzrentenversicherung einzahlen und somit zusätzliche Rentenzahlungen in Anspruch nehmen. Das betraf 80 % der Altersrentner in der DDR. Diese beeindruckenden sozialen Errungenschaften der DDR, welche weltweit einmalig gewesen sein dürften, waren natürlich nicht zum Nulltarif zu haben und führten auf verschiedenen Gebieten zu nicht unerheblichen Disproportionen. So erfolgte z.B. der umfangreiche Neubau preiswerter Wohnungen zu Lasten der notwendigen Sanierung der Innenstädte, es fehlten Mittel für die Ausstattung des Gesundheitswesens mit modernster Technik, der Ausbau und die Instandsetzung der Infrastruktur konnte nicht im notwendigen Umfang realisiert werden. Außerdem wurden die umfangreichen Subventionen durch einen Teil der Bevölkerung für ihren persönliche Vorteil auf Kosten der Gesellschaft missbraucht.

Für mich als ehemaliger Berufssoldat war aber eine Errungenschaft der DDR innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft am Wichtigsten. Wir konnten im Frieden leben, arbeiten und unsere Kinder aufwachsen sehen. Europa war bis 1990 von Kriegen verschont. 45 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges war Europa frei von kriegerischen Auseinandersetzungen und deutsche Mütter in Ost und West mussten nicht ihre Söhne beweinen. Das sollte sich nach Beseitigung des sozialistischen Gegengewichtes sehr bald ändern.

## **Aus heutiger Sicht war die DDR der erste und einzige deutsche Friedensstaat in der Geschichte.**

Diese Anstrengungen zur Friedenssicherung kosteten der DDR jährlich mehr als 14 Mrd. Mark. Kaum war der Deutsche Faschismus niedergedrungen, begann der Kalte Krieg gegen die DDR und ihre Verbündeten. Unser Land musste sich in all den Jahren ihrer Entwicklung gegen einen starken, hochgerüsteten und skrupellosen Gegner erwehren, deren dauerhaftes Ziel es war, die sozialistische Ordnung in der DDR zu beseitigen.

All das wird heute in den Medien tunlichst verschwiegen. Die Konsequenz war die Schaffung von Organen zum Schutz der Wirtschaft und der staatlichen Ordnung, die bis zum Ende der DDR enorme Dimensionen annahm. All die Menschen, die z.T. unter großen persönlichen Entbehrungen, den Kampf zum Schutz ihrer Heimat zu ihrer Lebensmaxime gemacht haben, wurden mit der Wende mit Berufsverbot belegt und an der Mitwirkung in demokratisch gewählten Gremien mitzuarbeiten, gehindert. Und das gilt auch noch heute. Exemplarisch dafür steht die Aussage des anerkannten Freiburger Rechtsanwaltes Michael Kleine-Cosack zur aktuellen Gesetzgebungspraxis bei der „DDR-Vergangenheitsbewältigung“ in der BRD: Da es rechtlich folgenlos sei (eine Mitarbeit für oder im MfS, d. Verf.), bleibe „die öffentliche Bloßstellung durch Denunziation“, die „nach 1990 von der Stasi-Unterlagenbehörde mit Hilfe von Teilen der Presse immer wieder intensiv gepflegt“ wurde.<sup>9</sup>

Am 26. September 2019 beschloss der Deutsche Bundestag mit einfacher Mehrheit die Regelerüberprüfung auf „Stasi-Mitarbeit“ für weitere 10 Jahre, also dann insgesamt 40 Jahre zu verlängern. Die Stigmatisierung, Diskriminierung und Ausgrenzung ehemaliger hauptamtlicher und inoffizieller Mitarbeiter des MfS ist nicht beendet und soll vermutlich auf Ewigkeit fortgesetzt werden. **„Selbst Schwerstkriminelle (außer bei lebenslänglichen Haftstrafen und Sicherungsverwahrung) können darauf vertrauen, dass ihre Vorstrafen nach spätestens 20 Jahren aus dem zentralen Strafregister gelöscht werden.** Das entspricht dem humanistischen Anliegen, auch solchen Menschen die Chance der Wiedereingliederung in die Gesellschaft, auf Resozialisierung, einzuräumen.

Für „MfS-Täter“ gilt das nicht, obwohl sie sich fast ausnahmslos keinerlei Verbrechen schuldig gemacht, gesetzestreu verhalten, anstatt Leichenberge nur Aktenberge hinterlassen und durch ihr besonnenes Verhalten den friedlichen Verlauf des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR überhaupt erst ermöglicht haben.“<sup>10</sup>

Die Stasi-Unterlagenbehörde (BStU) beschäftigte Mitte der 90-iger Jahre bis zu 3200 Mitarbeiter. Ende 2016 waren es immerhin noch 1600. Die erst 1958 – also 13 Jahre nach der Zerschlagung des faschistischen deutschen Staates gebildete Zentralstelle für die Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg hatte in den Zeiten ihrer größten Arbeitsbelastung (1967 bis 1971) ganze 121 Mitarbeiter. 2013 waren es noch 19<sup>11</sup>. An dieser Stelle sei auf die fundamentalen Unterschiede zwischen der DDR und der NS-Diktatur hingewiesen. Für die BStU musste der Steuerzahler bisher 2,5 Mrd. Euro aufbringen und noch heute kostet sie innerhalb von vier Monaten soviel wie die Ludwigsburger Einrichtung für die Aufklärung der NS-Verbrechen in den 31 Jahren von 1958 bis 1989<sup>12</sup>. So verwundert es auch nicht, dass NS-Verbrecher in der BRD ungekürzt Renten beziehen, während tausende ehemalige DDR-Staatsbedienstete grundgesetzwidrig Rentenkürzungen hinnehmen müssen. Mir ist klar, dass Einigen nicht gefällt, was ich hier schreibe. Aber diese Wahrheiten gehören genauso zu DDR-Geschichte und der

Nachwendezeit, wie das Nachdenken über die Zukunft einer sozialistischen Idee als Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft. Auf die Aussage, „der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“, stimmten immerhin 72,8 % im Osten und 45,8 % im Westen der Befragten auch 20 Jahre nach dem Mauerfall (2010) zu<sup>13</sup>. Das erklärt auch heute noch das ungezügelte Bestreben, die DDR-Geschichte zu verfälschen und ihre Gestalter zu verunglimpfen. Es verwundert nicht, dass selbst der damalige Vorsitzende der Ost-CDU, Lothar de Maizière, der Bild-Zeitung ins Stammbuch schrieb: „Ich halte Sozialismus für eine der schönsten Visionen des menschlichen Denkens. (...) Wenn Sie glauben, dass die Forderung nach Demokratie zugleich die Forderung nach Abschaffung des Sozialismus

beinhaltet, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir unterschiedlicher Auffassung sind.“<sup>14</sup>

Die Kraft dieses Beispiels wirkt offensichtlich ungebrochen weiter. Das macht die heute Mächtigen 70 Jahre nach Gründung der DDR immer noch nervös und treibt sie um.

Ich für meinen Teil bin stolz darauf, in diesem Land gelebt und diesem Land gedient zu haben.

Thomas Schmidt

2. Vorsitzender des Fallschirmjäger-Traditionsverbandes Ost e.V.

<sup>1</sup> Manfred Knapp: *Deutschland und der Marshallplan*. In: Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.): *Marshallplan und westdeutscher Wiederaufstieg*. Stuttgart 1990, S. 35 ff., hier S. 75.

<sup>2</sup> taz. die tageszeitung vom 14.02.1990

<sup>3</sup> Deutsche Bundesbank, August 1999, „Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989“

<sup>4</sup> Ebenda

<sup>5</sup> Dietrich Lemke „Handel & Wandel, Lebenserinnerungen eines DDR-Außenhändlers 1952 – 1995, Eigenverlag, Berlin 2010

<sup>6</sup> Klaus Blessing, „Die sozialistische Zukunft“, edition berolina, Berlin 2014, Seite 83

<sup>7</sup> br.de, Auf dem Wege in die Emanzipation, Frauenrechte in der BRD und der DDR

<sup>8</sup> www.ddr.center

<sup>9</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 17. 11.2011

<sup>10</sup> Wolfgang Schmidt, Kein Ende der Hexenjagd, Berlin 2019, [www.mfs-insider.de](http://www.mfs-insider.de)

<sup>11</sup> Katharina Lenski: Geheime Kommunikationsräume? Die Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Campus-Verlag, Frankfurt/New York 2017, Seite 618

<sup>12</sup> Ebenda

<sup>13</sup> ZEIT ONLINE, in deutschen Köpfen: Wie Ost und West seit der Einheit denken

<sup>14</sup> Lothar de Maizière, BILD am Sonntag, 19.11.1989

